

3.3 Politische Teilhabe

3.3.1 Politische Partizipation

Teilhabe und politische Partizipation waren Themen und Inhalte, mit den sich die agah im Berichtszeitraum sehr intensiv und umfassend beschäftigte. Dies liegt in der Natur der Sache, zumal Ausländerbeiräte und das Wirken ihrer Mitglieder in diesen Gremien Ausdruck und Form eben jener (angestrebten) Teilhabe sind. Doch sich hierauf auszuruhen oder gar die Ausländerbeiräte als ausreichend in Sachen Partizipation zu erachten, kam für die agah nicht in Frage. Dafür gibt es nämlich in Sachen umfassender Teilhabe einfach noch viel zu viele Baustellen, Hürden und Hindernisse! Sie zu beseitigen oder zumindest auf bestehende Probleme und Defizite hinzuweisen, war vornehmste Aufgabe der agah im Berichtszeitraum und darüber hinaus.

Möglichkeiten der politischen Partizipation für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben - unabhängig von der Staatsangehörigkeit - gehören zu den elementaren Bestandteilen des demokratischen Staatswesens. Und daher müssen sie uneingeschränkt und umfassend realisiert werden.

Nicht erst seit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürgerinnen und Bürger und der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts (mit steigenden Einbürgerungszahlen) zeigt sich deutlich, wie wichtig die Frage der politischen Partizipation durch die Gewährung und Inanspruchnahme des Wahlrechts für den Integrationsprozess ist. Politische Wahrnehmung, politisches Interesse und politisches Handeln steigen überproportional, wenn der Kreis der Begünstigten auch als Wähler zur Verfügung steht. Ganz zu schweigen davon, dass in der Regel alle Menschen gleichermaßen von politischen Entscheidungen oder rechtlichen Regelungen betroffen sind – allerdings ihre Repräsentanten (die eben solche Entscheidungen treffen oder Gesetze verabschieden) nicht gleichermaßen wählen können, da sie beispielsweise gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Dies ist nach wie vor eine eklatante Benachteiligung großer Bevölkerungsgruppen und alles andere als zeitgemäß.

Integration braucht politische und gesellschaftliche Teilhabe. Politische Partizipation ist zum einen ein Grundpfeiler des demokratischen Gesellschaftssystems. Zum anderen ist das Recht auf politische Beteiligung ein entscheidendes Element gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung. Wer hätte gedacht, dass sich diese Zeilen im aktuellen Jahresbericht der agah finden? Trotz aller Aktivitäten der agah (s.u.) und einer breiten gesellschaftlichen Diskussion, hat sich an der Problematik grundsätzlich wenig geändert. Weder auf Bundesebene, noch in Hessen. Oftmals hatten wir den Eindruck, dass beispielsweise Integrationskonzepte (ob auf Landesebene oder kommunal) bewusst das Thema umgehen. Wie ist es anders zu erklären, dass der (gebräuchliche) Integrationsbegriff regelmäßig die politische Teilhabe oftmals gänzlich ausklammert und entsprechende Integrationskonzepte hierzu wenig bis keine Aussagen beinhalten?

Die individuelle Partizipationsbereitschaft reicht allein jedoch nicht aus. Auch das gesellschaftliche Umfeld muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Ebenso bedarf es natürlich auch eines soliden rechtlichen Fundamentes. In Hessen müssen daher die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen (weiter) verbessert werden.

Bürgerschaftliches Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund und deren gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichsten Bereichen des sozialen und politischen Lebens sind deshalb zu unterstützen und zu fördern. Es war das Verdienst der agah, hier stets den Finger in die Wunde zu legen und auf bestehende Missstände in Sachen Partizipation hinzuweisen sowie Kontextbezüge (z.B. politische Teilhabe als Faktor für gelingende Integration) herzustellen.

In diesem Zusammenhang sei eine umfassende Pressemitteilung erwähnt, die die agah am 09.09.2011 veröffentlichte und die anlässlich einer entsprechenden Anhörung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ erschien:

"Keine Integration ohne politische Partizipation!"

Landesausländerbeirat mahnt Verbesserung und Ausbau der politischen Partizipationsmöglichkeiten für in Hessen lebende Ausländerinnen und Ausländer an

Im Rahmen der heutigen Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen", die sich mit dem Thema "Gesellschaftliche und politische Teilhabe" befasst, wiederholt der Landesausländerbeirat abermals seine Forderung nach einer Ausweitung politischer Beteiligungsmöglichkeiten.

"Wer es in diesem Land mit der Integration wirklich ernst meint und von den Zugewanderten entsprechendes Engagement einfordert, muss auch umfassende politische Mitbestimmungsmöglichkeiten bereithalten", so der Landesvorsitzende des Gremiums, Corrado Di Benedetto, heute in Wiesbaden.

Hierzu gehört an erster Stelle die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Corrado Di Benedetto: "Es ist mit gesundem Menschenverstand in keiner Weise nachvollziehbar, dass es in einer der am besten funktionierenden Demokratien dieser Welt Millionen von Menschen gibt, die rigoros vom Wahlrecht ausgeschlossen werden". Bundesweit betrifft dies annähernd vier Millionen Personen; in Hessen sind in etwa 400.000 Menschen betroffen.

Den gut 100 kommunalen Ausländerbeiräten in Hessen zollt der Vorsitzende großes Lob, da sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten hervorragende kommunalpolitische Arbeit in den letzten Jahrzehnten geleistet haben. Allerdings betont er die dringende Notwendigkeit einer Stärkung und Modernisierung der Ausländerbeiräte. Aufgabe der Landespolitik ist es in diesem Zusammenhang, den Modernisierungsprozess mit entsprechenden kommunalrechtlichen Änderungen einzuleiten.

Diese Pressemitteilung fasste in wenigen Sätzen die wichtigsten agah-Positionen zusammen und war ein Beleg für das hohe Engagement der agah in dieser bedeutenden gesellschaftlichen und politischen Frage.

Weder die Thematik noch die agah-Expertise blieben unerkannt. Insbesondere von der Links-Fraktion im Hessischen Landtag gab es im Berichtszeitraum immer wieder Initiativen für mehr Partizipation. Im Frühjahr des Jahres 2012 fand eine migrationspolitische Fachtagung mit dem Titel „Teilhabe sichern – Diskriminierung beenden“ statt. Zu der von der Linken organisierten Veranstaltung wurde auch ein agah-Vertreter als Podiumsteilnehmer eingeladen. Diesen Part nahm am 17.03.2012 Herr Enis Gülegen für die agah wahr.

Auch die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung widmete sich dem Thema und lud agah-Vertreterinnen und –Vertreter zu einer Veranstaltung ein. Sie trug den Titel „Kommunales Wahlrecht, Ausländerbeirat, Staatsbürgerschaft – was hilft? Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland“. Die Diskussionsveranstaltung fand am 21.03.2012 in Frankfurt am Main statt und Mitdiskutant auf dem Podium war u.a. der damalige agah-Vorsitzende Corrado Di Benedetto. Ihm bot sich die Gelegenheit, die Verbandsposition öffentlichkeitswirksam zu vertreten und für eine Ausweitung partizipativer Elemente zu plädieren.

Andere Formen der politischen Partizipation verfolgte ein Wissenschaftler aus Kassel, der sich Anfang 2013 an die agah-Geschäftsstelle wandte. Er betrachtete die Ausländerbeiräte als nicht mehr zeitgemäß und stellte die Frage, ob es nicht auf stärkere Akzeptanz stoßen würde, wenn Interessenvertretung weniger formal (und in Gremien organisiert) ablief. Seine These wollte er im Rahmen einer Studie überprüfen. Die agah sah das Projekt mit einer gewissen Skepsis, bot dem Wissenschaftler aber Unterstützung an. Mit mehrseitigen Schreiben vom 14.01.2013 und 26.02.2013 lieferte die agah-Geschäftsstelle die erbetenen Informationen und gab Auskunft zu den Fragestellungen. Über den weiteren Verlauf der wissenschaftlichen Arbeit (Studie) wurde die agah leider nicht informiert.

Die Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten forderte der Ausländerbeirat der Stadt Hanau mit einem entsprechenden Antrag an das agah-Plenum, der vom 07.05.2013 datiert war. Dieser wurde dann auf der Plenarsitzung am 31.08.2013 in Dietzenbach beschlossen. Zur weiteren Umsetzung dieser Forderung kontaktierte die agah-Geschäftsstelle den Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat. Mit Schreiben vom 10.02.2014 wurde dieser dazu aufgefordert, sich der Thematik anzunehmen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die eigenen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme hinsichtlich dieser Forderung in der Vergangenheit für die agah sehr begrenzt waren. Hinzu kam der bundesweite Bezug dieses Wunsches. Wie bekannt, hat sich an der unbefriedigenden Situation beim Kommunalwahlrecht allerdings nichts verändert. So wird es auch in Zukunft darum gehen müssen, diese Forderung immer wieder zu artikulieren und Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu suchen.

Aufgrund der generellen Bedeutung von politischer Teilhabe und angesichts zahlreicher Wahlen im Berichtszeitraum initiierte die agah im Jahre 2014 eine Kampagne zum Kommunalwahlrecht, die nachfolgend ausführlicher beschrieben wird.

Damit setzte die agah ihre Aktivitäten in diesem Bereich fort, die bereits mit ähnlich gelagerten Aktionen im Jahre 2009 ihren Anfang nahmen.

3.3.2 Kampagne Kommunalwahlrecht

Wohlwissend, dass im Jahre 2013 keine Kommunalwahlen in Hessen stattfinden würden, entschied sich die agah dafür, dass Thema „Politische Partizipation“ aufzugreifen. Anlass hierfür war der „Super-Wahlsonntag“ am 22.09.2013, an dem sowohl der Bundestag als auch verschiedene Landesparlamente (u.a. der Hessische Landtag) gewählt wurden. Diese beiden zeitgleichen Wahlen boten Gelegenheit, auf die immer noch aktuelle Forderung nach einem Wahlrecht für alle einzugehen und diese öffentlichkeitswirksam darzustellen. Ein Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen (u.a. Interkultureller Rat Deutschland, Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, agah, etc.) planten daher eine Aktion, die den Titel "Bei uns soll jeder wählen!" trug. In einem ersten Schritt wurden am 16.01.2013 die Oberbürgermeister/innen folgender hessischer Kommunen angeschrieben: Frankfurt am Main, Marburg, Darmstadt, Offenbach, Kassel, Gießen, Bad Homburg vor der Höhe, Wetzlar, Rüsselsheim, Hanau, Fulda und Wiesbaden. Geplant war u.a. der Druck eines großformatigen Plakats mit dem gemeinsamen Foto möglichst aller Oberbürgermeisterinnen bzw. Oberbürgermeister und dem Slogan "Bei uns soll jeder wählen!" sowie entsprechende Textmaterialien. Angefragt wurde ferner, ob neben der Beteiligung auch eine Unterstützung hinsichtlich der Nutzung öffentlicher Plakatflächen möglich wäre.

Von den insgesamt 12 angeschriebenen Kommunen antworteten allerdings nur jene, in denen die SPD oder Bündnis90/Die Grünen den Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin stellten. Angesichts dieser Ausgangslage und der damit verbundenen fehlenden Überparteilichkeit sollte der Aktionszeitraum auf die Monate nach der Bundestag-/Landtagswahl (22.09.2013) und bis zur Bildung der neuen hessischen Landesregierung verschoben werden. Hierfür bat die agah mit Brief vom 18.04.2013 um Verständnis. Leider entwickelte sich die Sache letztlich nicht wie erhofft, da auch gegen Ende des Jahres 2013 die Zusagen relativ einseitig ausfielen und von einer parteiübergreifenden, überparteilichen Aktion nicht hätte geredet werden können. Daher beschloss die agah, das Projekt „Bei uns soll jeder wählen“ nicht weiter zu verfolgen.

Anders verhielt es sich es hingegen mit der Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme!“. Sie wurde erstmals im Jahre 2009 ins Leben gerufen und im Frühjahr 2013 -leicht modifiziert- neu aufgelegt. Da die finanziellen Ressourcen der agah auch seinerzeit gering waren, wurde ein Teil des 2009er-Kampagnenmaterials geringfügig angepasst und aktualisiert. Dies hatte den Vorteil, dass auch noch vorhandenes Material teilweise genutzt werden konnte. Die hessischen Ausländerbeiräte wurden aktiv mit einbezogen und beteiligten sich sehr engagiert bei der Aktion, die ihren Höhepunkt unmittelbar vor dem Wahlsonntag (22.09.2013) erreichte. Auch zahlreiche Kooperationspartner nahmen den Neustart der Kampagne zum Anlass, ihre Forderung nach Einführung des Wahlrechts für alle zu erheben. So artikulierten zum Beispiel die GEW-Hessen, der Interkulturelle Rat Deutschland, die Liga der

Freien Wohlfahrtspflege oder der Dachverband der rheinland-pfälzischen Ausländerbeiräte ihre Positionen.

Im Rückblick muss aber auch hier gesagt werden, dass der große politische Wurf nicht gelungen ist: Noch immer sind viele Menschen vom Wahlrecht gänzlich ausgeschlossen. Die Urnengänge (ob im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen) dienen höchstens als Kristallisationspunkt für die Wahlrechtsforderung und sind geeignet, das Thema öffentlichkeitswirksam zu platzieren.

3.3.3 Aktionsmonat „Demokratie“

Als ein voller Erfolg muss die Veranstaltungsreihe „Demokratie in Hessen erleben“ bewertet werden. Dabei handelte es sich um einen Aktionsmonat der hessischen Ausländerbeiräte, der im November des Jahres 2016 stattfand. Mehr als 30 Kommunen (Ausländerbeiräte) beteiligten sich an dieser dezentral und über ganz Hessen angelegten Aktion, die bereits ab Frühsommer 2016 gewissenhaft und umfassend durch die agah-Geschäftsstelle vorbereitet wurde. Die Idee war, nach Hessen geflüchteten Menschen einen Einblick in demokratische Abläufe und Strukturen zu geben. Denn, "Willkommenskultur" für Flüchtlinge in Hessen darf sich nicht nur auf Aspekte wie Aufnahme, Unterbringung, Unterstützungsangebote oder Versorgung beschränken, sondern muss auch den politischen Bereich mit einbeziehen. Wer neu zugezogene Flüchtlinge für sich und die Demokratie gewinnen will, muss ihnen politische Teilhabe ermöglichen und eigene Chancen, Gelegenheiten und Wege der Partizipation verdeutlichen.

Wissen und Teilhabe fördert das Verständnis für unser politisches System und die ihm zugrunde liegende freiheitlich demokratische Grundordnung. Und sie stärkt die Akzeptanz für die Bundesrepublik und ihre demokratische Verfasstheit bei den oftmals aus Staaten mit autoritärer Herrschaftsform geflohenen Flüchtlingen.

Um Flüchtlinge in Hessen an das Thema heranzuführen und sie für die Vorzüge unserer repräsentativen Demokratie zu sensibilisieren, bedarf es der Einbindung kommunaler Ausländerbeiratsmitglieder, da diese einerseits über ethnisch, religiöse, kulturelle oder sprachliche Zugänge verfügen und andererseits erfahrene und überzeugte Demokraten "im Kleinen" sind.

Wer, wenn nicht die Ausländerbeiräte und ihre demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter könnten überzeugender und glaubhafter für unseren demokratischen Parlamentarismus und unsere demokratischen Werte eintreten?

Im Rahmen der landesweiten Aktion "Demokratie in Hessen erleben" wurden die Ausländerbeiräte gegenüber den neuen Hessinnen und Hessen Paten in Sachen Demokratie!

Gemeinsam mit interessierten Flüchtlingen besuchten die Ausländerbeiräte während des Aktionszeitraums die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen oder Kreistage und erläuterten die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Die Wertschätzung gegenüber dem Interesse von Flüchtlingen

an der Kommunalpolitik konnte teilweise auch durch explizite Begrüßung der Anwesenden seitens der Stadtverordnetenvorsteherin oder seitens des Stadtverordnetenvorstehers zum Ausdruck gebracht werden.

Je nach örtlichen Gegebenheiten fanden zusätzlich oder alternativ statt:

- Politische Rathausführung
- Besuch einer Ausschusssitzung
- Gespräche mit Vertreter_innen der Fraktionen und/oder Bürgermeister_in
- Besuch der Sitzung des Ausländerbeirats
- Besuch der Sitzung eines Ortsbeirates

Auf Landesebene fungierten Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags und Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, als Schirmherren. Lokale Schirmherrschaften durch Bürgermeister_innen, Landrät_innen und Stadtverordnetenvorsteher_innen waren ebenso zu verzeichnen.

Folgende Kommunen und Landkreise beteiligten sich an „Demokratie in Hessen erleben“ und organisierten einen oder mehrere Beiträge vor Ort:

Bad Hersfeld, Bad Homburg v.d.H., Bad Soden, Baunatal, Bensheim, Dietzenbach, Dreieich, Eschborn, Eschwege, Flörsheim, Frankfurt a.M., Gießen, Hainburg, Hannau, Kassel, Kelkheim, Kriftel, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Landkreis Gießen, Landkreis Kassel, Landkreis Offenbach, Obertshausen, Liederbach, Marburg, Mühlheim a.M., Mühlthal, Nauheim, Neu-Isenburg, Pohlheim, Rödermark, Vellmar, Weiterstadt und Wiesbaden.

Mit einer Pressemitteilung wurde der Aktionsmonat am 31.10.2016 durch den agah-Vorsitzenden Enis Gülegen verkündet. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Ausländerbeiräte werden aktiv Pate in Sachen Demokratie. Der November 2016 steht ganz im Zeichen einer neuen besonderen Willkommenskultur: In ganz Hessen erhalten Flüchtlinge in mehr als 30 ausgewählten hessischen Kommunen und Landkreisen lebensnahe Einblicke in die gelebte, alltäglich erfahrbare Demokratie hessischer Städte und Gemeinden.

Der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Enis Gülegen, gab heute den Startschuss für diese in Hessen bisher einmalige Aktion. Flüchtlinge besuchen gemeinsam mit den örtlichen Ausländerbeiräten die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen, der Gemeindevertretungen oder Kreistage. Sie führen Gespräche mit Mandatsträgern oder nehmen an politischen Rathausführungen teil. Und sie erfahren, wie parlamentarisch-demokratische Abläufe ‚im Kleinen‘ funktionieren. Wofür wird gestritten? Warum kämpft man um sichere Kreuzungen, um neue Ampeln? Mehr Radwege, gute Parkplätze? Warum ist es so wichtig, eine Kita zu bauen und zu fördern? Demokratie ist gelebter Streit im Alltag, und die Kommunen sind echte Lösungsinstanzen. Das sollen Flüchtlinge erleben.

„Demokratie zum Anfassen und ganz konkret. Das ist unser Ziel. Flüchtlinge erfahren unmittelbar, wie Demokratie bei uns funktioniert. Für manchen Flüchtling ist völlig neu, warum es Streit um neue Wohnungen geben kann. Warum soll man sich

für die Stadtbücherei einsetzen oder für die Gestaltung der Friedhofssatzung? Wir wollen sie daran teilhaben lassen, und sie zugleich ermutigen, selbst initiativ zu werden. Eigene Interessen auszuloten und zu formulieren. Als Neubürger dieses Landes, als Teil einer zusammenhaltenden Gemeinschaft“, begründete Gülegen die Initiative.

Gülegen: „Gelebte Integration – wir wollen, dass das keine Floskel ist und bleibt!“ Für den Landesausländerbeirat ist die Aktion ein guter Weg zu mehr Teilhabe. Dazu gehöre nicht nur Sprachvermittlung oder der Zugang zum Arbeitsmarkt. Gülegen: „Hier zu Hause sein, heißt auch die Grundprinzipien unserer parlamentarischen Demokratie zu kennen und die Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu nutzen.“ Mit der Aktion werde dazu ein erster Schritt getan.

In den hessischen Ausländerbeiräten wirken seit Jahrzehnten Menschen mit, die nicht selten ähnliche Erfahrungen wie die neu Zugewanderten gemacht hätten. Gülegen: „Die Ausländerbeiräte sind daher als Mittler und Brückenbauer prädestiniert. Sie sind Botschafter für Teilhabe und Demokratie!“

"Demokratie in Hessen erleben", eine Aktion, die sich einprägen wird. Und für die Landtagspräsident Norbert Kartmann und Ministerpräsident Volker Bouffier die Schirmherrschaft übernommen haben.“

Neben den mehr als 30 dezentralen Veranstaltungen, die beispielsweise den Besuch einer Stadtverordnetenversammlung, einer Ausschuss-Sitzung, eine politische Rathausführung oder ein Gespräch mit dem Stadtverordnetenvorsteher bzw. dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin umfassten, gab es auf Landesebene noch ein ganz besonderes Highlight: Unter dem Titel „Flüchtlinge besuchen Hessischen Landtag und blicken in die Seele der hessischen Landespolitik“ nahmen fast 40 Flüchtlinge aus dem Rheingau-Taunus-Kreis am 23.11.2016 an einer Führung durch den Landtag teil und besuchten dabei auch eine Plenarsitzung. Krönender Höhepunkt war jedoch der Empfang und das Gespräch mit dem Landtagspräsidenten Kartmann, der damit abermals seine große Unterstützung der Aktion zum Ausdruck brachte. Dieses besondere Erlebnis dürfte bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch lange in Erinnerung geblieben sein. Für die agah war mit der gelungenen Aktion ein hohes Maß an Reputation und Anerkennung verbunden, was bis heute nachwirkt! Ebenso ernteten die an der Aktion beteiligten Ausländerbeiräte oder Kreisausländerbeiräte einen großen Dank. Als Fazit kann festgehalten werden, dass mit einem relativ überschaubaren finanziellen Input (z.B. Druckkosten für Flyer), aber einem nicht unerheblichen Koordinationsaufwand, hier ein Ereignis auf die Beine gestellt wurde, das in Hessen bis dato einmalig ist. Aus den mit der Aktion gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnissen ließen sich wertvolle Schlüsse für ähnlich gelagerte Aktivitäten der agah in den Folgejahren ziehen

3.3.4 Hessische Landtagswahlen 2013 und 2018

Im Berichtszeitraum fanden in Hessen zwei Landtagswahlen statt. Die Wahltermine waren der 22.09.2013 und der 28.10.2018. Beide Abstimmungen verfolgte die agah mit großer Aufmerksamkeit. Während allerdings die Wahl zum 19. Hessischen Landtag im Jahre 2013 relativ geräuschlos verlief, änderte sich dies mit der Wahl des 20. Hessischen Landtags im Jahre 2018 schlagartig. Ein Blick auf die Ergebnisse zeigt, dass sich der Wahlausgang von 2018 erheblich von dem des Jahres 2013 unterschied und nunmehr mit der AfD eine rechtspopulistische Partei auch in das Wiesbadener Parlament einzog:

Ergebnis der Landtagswahl vom 22.09.2013

Partei	Prozent	Sitze
CDU	38,3	47
SPD	30,7	37
Bündnis90/Die Grünen	11,1	14
Linke	5,2	6
FDP	5,0	6

Ergebnis der Landtagswahl vom 28.10.2018

Partei	Prozent	Sitze
CDU	27,0	40
Bündnis90/Die Grünen	19,8	29
SPD	19,8	29
AfD	13,1	19
FDP	7,5	11
Linke	6,3	9

Die agah wurde im Vorfeld der Landtagswahlen von einigen Parteien kontaktiert und um Stellungnahme zu den betreffenden Entwürfen der Wahlprogramme gebeten. Als neutrale und überparteiliche Institution konnte unser Verband diesen Bitten allerdings nicht nachkommen. Gleichwohl glich die agah insbesondere ihre integrationspolitischen Positionen mit denen der Parteien ab und erstellte hierzu für verbandsinterne Zwecke (z.B. als Grundlage für Diskussionsveranstaltungen der Ausländerbeiräte vor Ort) Synopsen. Auch nahmen agah-Vertreterinnen und -Vertreter sowie Mitglieder kommunaler Ausländerbeiräte an zahlreichen Diskussionsveranstaltungen teil, die mit örtlichen Wahlkreiskandidatinnen und -Kandidaten besetzt waren.

Einige dieser Diskussionsveranstaltungen wurden auch von der agah bzw. ihren Mitgliedsausländerbeiräten organisiert. So lud die agah in Kooperation mit dem Ausländerbeirat der Stadt Wiesbaden zum Beispiel für den 11.09.2018 zu einer hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung in das Wiesbadener Rathaus ein, die den Titel „Landtagswahl 2018 – Integrationspolitische Positionen der Parteien

auf dem Prüfstand“ trug. An ihr nahmen teil: Michael Boddenberg (MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU), Thorsten Schäfer-Gümbel (MdL, Fraktionsvorsitzender der SPD), Mathias Wagner (MdL, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen), Janine Wissler (MdL, Fraktionsvorsitzende Die Linke) und Dr. Jörg-Uwe Hahn (MdL, FDP-Fraktion).

Mit dem Erstarren des Rechtspopulismus auch in Hessen und angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit eines Wahlerfolgs der AfD bei der Landtagswahl im Jahre 2018 (der dann mit 13,1 % und 19 Landtagsmandaten auch eintrat), widmete sich die agah bereits ab 2017 diesem Thema. Vor dem Hintergrund des erstmaligen Einzugs der AfD in den Deutschen Bundestag (als Ergebnis der Bundestagswahl am 24.09.2017) sah sich die agah dazu herausgefordert, die AfD, ihr Wirkmechanismus und ihre Programmatik näher zu analysieren. Neben der Ausarbeitung verschiedener Materialien (z.B. eine entsprechende PowerPoint-Präsentation zu den programmatischen Aussagen der AfD) startete unser Verband im Vorfeld der hessischen Landtagswahl eine vielbeachtete und äußerst gut besuchte Veranstaltungsreihe, die unter dem Gliederungspunkt „Extremismus und Rechtspopulismus“ näher beschrieben wird. Mit ihr wollte die agah für das Thema sensibilisieren und Aussagen des AfD-Parteiprogramms dechiffrieren.

Die beiden Landtagswahlen waren für die agah aber auch Anlass, auf das fehlende Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer hinzuweisen. An alle Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund erging die Aufforderung, sich an den Wahlen zu beteiligen und damit ein Zeichen gegen Rechtspopulismus und für Partizipation zu setzen. So beispielsweise mit einer Pressemitteilung vom 17.09.2013 zur 2013er-Landtagswahl, bei der immerhin etwa 11% der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund hatten.

Das gleiche Anliegen verfolgte eine in Frankfurt angesiedelte Initiative von türkischen Organisationen und Tageszeitungen, die zur Förderung der politischen Partizipation ins Leben gerufen wurde. Sie wandte sich mit Schreiben vom 05.08.2013 an die agah und bat um Unterstützung bei der Mobilisierung zur Wahlteilnahme.

Der agah-Vorsitzende und die agah-Geschäftsführerin stellten für die Plakat- und Anzeigenkampagne jeweils ein Foto und eine gemeinsame Aussage (Zitat) zur Verfügung, das treffender nicht hätte sein können: „Was Dich bewegt, bewegt viele! Respekt, gleiche Chancen und Rechte kommen nicht von selbst, sondern brauchen Dich. Deshalb mach mit und gehe am 22. September 2013 wählen!“

3.3.5 Europawahl 2014

Die im Berichtszeitraum liegende Europawahl 2014 war die achte Direktwahl zum Europäischen Parlament und führte bei der agah erneut zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Wahlrecht“. Allerdings liegt es in der Natur dieser Wahl begründet, dass der Arbeitsumfang überschaubar blieb, da hier lebende Migrant/innen aus den EU-Staaten bei der Europawahl über das Wahlrecht verfügen. Allerdings eignete sich der Urnengang am 25.05.2014 dazu, erneut darauf hinzuweisen, dass nicht alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten über

ein Wahlrecht verfügen. Die damit einhergehende Ungleichbehandlung rief selbstverständlich die Kritik der agah hervor, was verbandsintern und gegenüber der Öffentlichkeit stets betont wurde.

Eine besondere Herausforderung bei dieser Wahl war erneut das Thema „Wählermobilisierung“. Angesichts der EU-Erweiterung und einer auch für Hessen zu konstatierenden stetigen Zunahme von Menschen (Arbeitnehmern) aus anderen EU-Staaten, waren hier besondere Anstrengungen gefragt. Die agah appellierte gegenüber dem Landeswahlleiter mit Schreiben vom 11.02.2014 für eine umfassende, möglichst mehrsprachige Information aller Wahlberechtigten.

Mit einer Pressemitteilung („Europa stärken! Landesausländerbeirat ruft Stimmrechtige mit Migrationshintergrund zur Stimmabgabe auf“) vom 21.05.2014 warb unser Verband dafür, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. „Setzen Sie mit Ihrer Stimmabgabe ein klares Zeichen für ein weltoffenes Europa und mehr Chancengleichheit! Und zeigen Sie, dass Ausländerinnen und Ausländer eine lebendige Demokratie in Europa mitgestalten wollen!“, so der Appell des Landesvorsitzenden Enis Gülegen. Die Pressemitteilung endet mit der Aufforderung, den Parteien die Stimme zu verweigern, die Europa weiter abschotten wollen und mit rassistischen Ressentiments auf Wählerfang gehen.

3.3.6 Sonstige Wahlen

- Am 27.03.2011 fanden Kommunalwahlen statt, bei denen auch alle in Hessen lebenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürger wahlberechtigt waren. Mit einer längeren Pressemitteilung wandte sich die agah an die Öffentlichkeit und warb für eine Beteiligung an der Wahl. Gleichzeitig wurde jedoch auch Kritik am fehlenden Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige laut:

„Demokratie braucht JEDE Stimme! Hessische Ausländerbeiräte rufen Eingebürgerte und Unionsbürger/innen zur Stimmabgabe auf/ Wahlrecht auch für Drittstaater gefordert.

Am Vorabend zu den Kommunalwahlen rufen die Hessischen Ausländerbeiräte die in Hessen lebenden Ausländer/innen aus Unionsstaaten auf, am Sonntag zur Wahl zu gehen. „Nutzen Sie Ihre Stimme und stärken Sie damit die demokratischen Parteien“ so die Delegierten heute in Hanau. Gerade die wahlberechtigten EU-Ausländer/innen und Eingebürgerten können durch eine hohe Wahlbeteiligung ein Zeichen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus setzen.

Scharf kritisieren die Ausländerbeiräte den Ausschluss von Drittstaatern an dieser Wahl. Demokratie braucht JEDE Stimme. Es ist schlichtweg undemokratisch, fast 400.000 in Hessen lebenden Menschen weiterhin das Wahlrecht zu verweigern. Wer Integration will, darf vor dem Grundpfeiler der Demokratie, dem Wahlrecht, nicht Halt machen.

Das Festhalten an dem Staatsangehörigkeitsprinzip ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht in keiner Weise der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Betroffenen erleben dies nicht nur als eine politische Ungerechtigkeit. Für viele ist es nach wie vor eine schmerzhaft Erfahrung der Ausgrenzung und Diskriminierung. Es ist mit dem Rechtsempfinden kaum vereinbar und widerspricht dem Prinzip der Gleichstellung, dass beispielsweise ein seit 40 Jahren bei VW in Baunatal arbeitender türkischer Staatsangehöriger morgen nicht wählen gehen kann, während sein seit vier Monaten in der Stadt lebender polnischer Arbeitskollege zum Kreis der Wahlberechtigten zählt.

Von der Hessischen Landesregierung erwarten die Ausländerbeiräte daher unverzüglich einen Vorstoß zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle, die Demokratie auch endlich für diesen Teil der Bevölkerung Wirklichkeit werden lässt. Gleiches gilt für die Fraktionen im Deutschen Bundestag. Die Umsetzung in Bundestag und Bundesrat ist eine reine Frage des politischen Willens und damit auch letztendlich eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit in Sachen Integration.“

Im Nachgang zu dieser Wahl kontaktierte die agah-Geschäftsstelle das Hessische Innenministerium und bat um Auskunft bezüglich der gewählten Unionsbürgerinnen und Unionsbürger. Eine entsprechende statistische Zusammenstellung wurde der agah allerdings erst im Januar 2012 zur Verfügung gestellt. Demnach waren von den insgesamt hessenweit 14.457 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den Gemeindevertretungen und Kreistagen nur 63 aus einem EU-Land (außer Deutschland). Dies entspricht einer Quote von lediglich 0,44 %.

- Eine weitere Kommunalwahl fand am 06.03.2016 statt. Unrühmlicher Höhepunkt bei dieser Wahl war der Einzug der AfD in fast alle Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage. Für die agah war dies Anlass, sich noch stärker mit den Themen Rassismus und Rechtspopulismus auseinander zu setzen. Gleichzeitig begannen verbandsintern Überlegungen, wie mit dieser Partei vor Ort (in den Kommunalparlamenten) seitens der Ausländerbeiräte umzugehen sei. Eine einheitliche Strategie erwies sich als schwierig umsetzbar.
- Zu den beiden im Berichtszeitraum stattgefundenen Bundestagswahlen der Jahre 2013 und 2017 fielen die agah-Aktivitäten etwas geringer aus, was u.a. sicher auch mit dem fehlenden räumlichen und teilweise auch inhaltlichen Bezug zu tun haben könnte. Eigenständige Maßnahmen, Kampagnen oder Initiativen blieben daher eher die Ausnahme. Aber auch die Bundestagswahlen boten Anlass, auf das Thema „Partizipation und Teilhabe“ zu blicken. Im zeitlichen Umfeld der beiden Wahlen wurde daher auf das fehlende Wahlrecht für einen Teil der in Hessen lebenden Menschen erneut hingewiesen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 verabschiedete das agah-Plenum am 10.06.2017 folgende Resolution und positionierte sich damit in vielerlei Hinsicht sehr deutlich:

„Kein Wahlkampf auf dem Rücken der eingewanderten und geflüchteten Menschen – Keine Stimme für Rassisten – Demokratie stärken – Wahlrecht für alle!

Der Landesausländerbeirat Hessen warnt vor einer Instrumentalisierung migrationspolitischer Themen für den kommenden Bundestagswahlkampf. Rassismus darf keinen Platz im Wahlkampf bekommen!

Nicht hinnehmbar ist es, wenn rechtsradikale und rechtspopulistische Gruppen und Parteien mit ihren menschenverachtenden Parolen zu Stichwortgebern werden und versuchen, die demokratischen Parteien vor sich herzutreiben.

Perfide und gefährlich wird es, wenn demokratische Parteien die Parolen der Rassisten und Populisten aufgreifen oder gar wiederholen. Damit stärken sie nicht nur den rassistischen Diskurs in der Gesellschaft. Sie schaden vielmehr nachhaltig der Demokratie und verletzen die Werte des Grundgesetzes: die Menschenwürde, das Recht auf Asyl, die Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht, der Herkunft, der religiösen Anschauung. Rassisten bedrohen nicht nur Flüchtlinge, Muslime oder Minderheiten, sondern die gesamte Demokratie und die Zukunft unserer Gesellschaft!

Eine Asylpolitik, die immer repressiver wird, kann keine Antwort auf die soziale Spaltung unserer Gesellschaft sein. Die verunsicherten und unzufriedenen Bürger*innen müssen vielmehr wieder für die Demokratie gewonnen werden. Und: Wir brauchen eine mutige Politik, die dem wachsenden Rassismus beherzt entgegentritt.

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf:

- Standhaft bleiben! Keine Beteiligung an rassistischen Diskursen! Die Parteien dürfen nicht aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren, die rassistischen Argumentationen der Rechten übernehmen.
- Die gemeinsamen demokratischen Werte und die Menschenwürde verteidigen.
- Mit einer solidarischen Sozialpolitik der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft sorgen.
- Sich klar für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund positionieren.
- Die Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung von den Wahlen zu beenden: Die Einbürgerung muss vereinfacht, die doppelte Staatsbürgerschaft generell zugelassen und das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige eingeführt werden.

Wir fordern alle Bürger*innen mit und ohne Migrationshintergrund auf:

- Keine Parteien unterstützen und wählen, die - offen oder versteckt

- ein rassistisches Wahlprogramm hat und auf dem Rücken der eingewanderten und geflüchteten Menschen Wahlkampf macht.
 - Gehen Sie wählen!
 - Engagieren Sie sich gegen die rassistischen und völkischen Tendenzen und für eine vielfältige, tolerante und solidarische Gesellschaft.“
- Unmittelbar vor dem Wahlsonntag wandte sich die agah am 21.09.2017 mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit. Unter der Überschrift „Der Demokratie eine Stimme geben“ rief der Landesausländerbeirat die wahlberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund zur Beteiligung an der Wahl und zur Stimmabgabe für demokratische Parteien auf („Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, die Hetzreden gegen Muslime und Migranten betreiben, dürfen im Bundestag keinen Platz bekommen!“). Ebenso wurde im Rahmen der Pressemitteilung die Forderung nach einem Wahlrecht für alle artikuliert („Wer mehr als fünf Jahre hier lebt, soll auch mitentscheiden dürfen! Wer einerseits Verantwortung der Bürger für die Kommune erwartet, muss andererseits diese auch in politische Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse mit einbeziehen!“).
 - Unter dem Slogan „Hier lebe ich – hier wähle ich“ beteiligte sich die agah außerdem an einer Kampagne für mehr Partizipation und Demokratie in Deutschland. Die Aktion wurde von einem Netzwerk unterschiedlicher Migrantenorganisationen und -Vertretungen getragen. Angesichts knapper finanzieller Ressourcen fungierte die agah hier jedoch lediglich als „silent partner“.